

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 28.11.2008

Beitrag des Landes Niedersachsen zum Schutz irakischer Flüchtlinge

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag bekennt sich zum Schutz irakischer Flüchtlinge und begrüßt in diesem Zusammenhang den Entscheid der Europäischen Union zur Neuansiedlung von Flüchtlingen aus Erstzufluchtländern.

Der Landtag fordert in diesem Zusammenhang eine deutliche Erhöhung des durch die Bundesrepublik Deutschland aufzunehmenden Flüchtlingskontingents von bislang 2 500 irakischen Flüchtlingen.

Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die durch das Land Niedersachsen aufgenommenen Flüchtlinge auf die Orte ihrer Wahl unbürokratisch und schnell verteilt werden, um so eine zielorientierte Integration zu gewährleisten.

Begründung

Über zwei Millionen irakische Flüchtlinge leben derzeit unter katastrophalen Lebensbedingungen in Syrien und Jordanien. Die Sicherheitslage im Irak ist weiterhin äußerst instabil. Für Angehörige religiöser Minderheiten besteht auf absehbare Zeit keine Möglichkeit der Rückkehr in den Irak. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars (UNHCR) hat aus diesem Grund die Einführung eines EU-Programms zur Neuansiedlung von Flüchtlingen aus Erstzufluchtländern gefordert.

Nunmehr hat die EU die Aufnahme von 10 000 irakischen Flüchtlingen beschlossen. 2 500 entfallen in diesem Zusammenhang auf die Bundesrepublik Deutschland. Die Erstaufnahme wird durch das Land Niedersachsen gewährleistet. Aufgrund der Tatsache, dass Niedersachsen und die Bundesrepublik Deutschland über ausreichend Aufnahmekapazitäten verfügen und es dem Prinzip der Humanität entspricht, ist eine deutliche Erhöhung des Flüchtlingskontingents dringend erforderlich. Zudem sollten die Flüchtlinge im Sinne einer zielorientierten Integration in die Orte ihrer Wahl in Niedersachsen verteilt werden.

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin